



.....

Sozialstaat: Umbau notwendig

„Globalisierung und soziale Gerechtigkeit – Wohin steuert Deutschland nach der Wahl?“ – zu diesem Thema fand Mitte Januar der BKK-Tag 2006 der bayerischen Betriebskrankenkassen in München statt.

Der Sozialstaat wird sich angesichts der zunehmenden Globalisierung verändern müssen, darin waren sich die Referenten insgesamt einig. *Jürgen W. Heike*, Staatssekretär im Bayerischen Sozialministerium: „Wir dürfen den Sozialstaat aber nicht zur Disposition stellen. Unser Sozialstaat ist lebendig, doch es ist kein ausgleichender Wohlfahrtsstaat der 70-er Jahre mehr.“ Die Gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, *Annette Widmann-Mauz*, MdB, wies auf die enge Verknüpfung von Sozialstaatsmodell und der Teilhabe an Arbeit hin. Die Zugangschance zu Arbeit und Beschäftigung müsse im Vordergrund stehen. Gleichzeitig warnte sie im Sinne der Generationengerechtigkeit davor, nachfolgende Generationen noch weiter zu belasten. Ziel müsse sein, die Finanzierung der GKV zu stabilisieren und den Faktor Arbeit von den Gesundheitskosten zu entlasten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Eike Hovermann* machte deutlich, dass die Nichterfüllung von Erwartungen zwangsläufig mit Vertrauensverlust auf allen Ebenen verbunden ist: Wer sinkende Beiträge ankündigt und die Erwartung weckt, dass „unabweisbar steigende Leistungsvolumina mit sinkenden Beiträgen finanziert werden können, der kann solche Erwartungshaltungen immer wieder nur enttäuschen“, so Hovermann. Eine Diskussion über die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Sozialstaats dürfe nicht auf GKV-Finanzierungsmodelle reduziert werden. Strukturreformen seien notwendig. ik

.....

E-Card: Tests ohne Zahnärzte

In den Regionen Bochum-Essen (Nordrhein-Westfalen), Bremen, Flensburg (Schleswig-Holstein), Heilbronn (Baden-Württemberg), Ingolstadt (Bayern), Löbau-Zittau (Sachsen), Trier (Rheinland-Pfalz) und Wolfsburg (Niedersachsen) wird ab 2006 die elektronische Gesundheitskarte getestet. Die Zahnarztpra-

xen werden von der Testphase der Telematikinfrastruktur ausgenommen. Das hatte das BMG im Rahmen der Gesellschafterversammlung der *gematik* zumindest mündlich zugesichert. Die *gematik* hatte als Betriebsorganisation zur Einführung, Pflege und Weiterentwicklung der E-Card und der zugehörigen Telematikanwendungen dem BMG außerdem nahe gelegt, lediglich vier Testregionen zum Zuge kommen zu lassen. Dazu hat sich Bundesgesundheitsministerin *Ulla Schmidt* nicht entschließen können. Vielmehr wurden alle acht Bundesländer ausgewählt, die sich mit konkreten Projekten für den Kartentest beworben haben, was bis dahin nicht abzusehen gewesen war.

Dass Schmidts Entscheidung das für das gesamte Testverfahren vorgesehene Budget von 20 Millionen Euro sprengen könnte, wird seitens des Ministeriums bestritten. Eventuell entstehende Mehrkosten könnten im Gesamtprojekt verrechnet werden. Ob und wie stark das Budget wirklich überschritten wird, hängt auch von den Verhandlungen zwischen Ländern und *gematik* zum genauen Ablauf der Testphasen ab. Geklärt werden muss dabei unter anderem, wie viele sog. Leistungserbringer sich in den jeweiligen Regionen beteiligen.

Was die Kosten der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte insgesamt betrifft, werden diese nach Einschätzung der Krankenversicherungen die vom BMG bezifferten Ausgaben von bis zu 1,4 Milliarden Euro bei weitem übersteigen. ik

.....

Wachstum gebremst

Jeder neunte Beschäftigte in Deutschland arbeitete Ende 2004 im Gesundheitswesen. Mit rund 4,2 Millionen Menschen stieg die Zahl verglichen mit 2003 nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden nur leicht um 0,2 Prozent. In den beiden Vorjahren lag der Zuwachs noch bei 0,8 und 1,3 Prozent. Bei den Gesundheitsdienstberufen stieg die Zahl der Beschäftigten zwischen 2003 und 2004 nur um 3.000 auf 2,24 Millionen. In den sozialen Berufen wie Altenpfleger oder Heilpädagogen waren mit 317.000 rund 7.000 Menschen mehr tätig als vor Jah-



resfrist. Im Gesundheitshandwerk (Augenoptiker, Orthopädiemechaniker oder Zahn-techniker) arbeiteten 339.000 Beschäftigte, rund 2.000 mehr als 2003. Das Gros der im Gesundheitswesen tätigen Menschen stellte mit 1,4 Millionen Verwaltungsfachleute, Reinigungskräfte und andere nicht direkt mit der Versorgung Kranker beschäftigte Menschen. ik

BVAZ: Neugründung

Am 10. Dezember 2005 hat sich in München der Berufsverband der Allgemeinzahnärzte BVAZ gegründet. Ziel des Verbandes ist es, so BVAZ-Vorsitzender *Dr. Günter Kau*, Waldmohr, die Allgemeinzahnmedizin aufzuwerten und gegen den zunehmenden Einfluss z.T. industrie-induzierter „Fach“-Verbände zu stärken. Der BVAZ will damit der Ausweitung facharzt-ähnlicher Strukturen in der Zahnheilkunde – neben den Kieferorthopäden und Oralchirurgen – entgegenwirken. Der Einfluss der Fachgesellschaften auf die Definition von Behandlungsprotokollen wachse stetig. Die Allgemeinzahnärzte würden von der Industrie mit immer aufwändigerer, teurer Technik und von den Fachgesellschaften mit immer höheren, vordergründig wissenschaftlich begründeten Standards konfrontiert, die die Notwendigkeit einer Vielzahl von Teilbereichsspezialisten suggerieren, so der BVAZ. ik / BVAZ

Bürokratie: Kosten messbar

Die „Anmeldung eines sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten“ verursacht beim Arbeitgeber etwa 9 Euro je Anmeldevorgang. So das Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM), das ein Verfahren entwickelt hat, bürokratiebedingte Kosten von Unternehmen objektiv zu messen. Für 20 von insgesamt 360 verschiedenen Meldungen, Bescheinigungen und statistischen Anzeigepflichten, denen Unternehmen in Deutschland nachzukommen haben, wurden beispielhaft bei 25 Unternehmen die Kosten gemessen, die den Unternehmen durch die einzelnen Prozesse entstehen. Die unternehmensinternen Kosten setzen sich dabei aus

einer Zeitkomponente (Dauer der Bearbeitung) und einer Kostenkomponente (Qualifikation des Bearbeiters, Aufwendungen für Software-Programme, Porto etc.) zusammen. Für die monatliche Erstellung einer Umsatzsteuervoranmeldung liegen die durchschnittlichen Kosten z.B. bei fast 16 Euro je Meldung. Die Gesamtkosten hängen aber letztlich von der Häufigkeit ab, mit der die jeweiligen Meldeprozesse in den Unternehmen entstehen. Rechnet man allein die Kosten der Anmeldung neuer Mitarbeiter für alle Unternehmen in Deutschland hoch, so belaufen sich diese auf insgesamt mehr als 39 Millionen Euro. Die monatliche Umsatzsteuererklärung verursacht den deutschen Unternehmen insgesamt über 500 Millionen Euro an Bürokratiekosten. ik / IfM Bonn

Heilmittelverbände: Neuer Zusammenschluss

Die Berufsverbände von Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten und Masseuren haben sich in der Interessengemeinschaft Bayerischer Heilmittelverbände (IBH) zusammengeschlossen. Sie wollen so gegenüber Politik und den Partnern im Gesundheitswesen stärker als bisher den Anliegen ihrer Berufsgruppen Gehör verschaffen. Der neue Dachverband vertritt rund 12.000 Mitglieder und ist damit Sprachrohr für über 80 Prozent aller Heilmittelerbringer in Bayern. *Rüdiger von Esebeck*, Vorsitzender des Vorstandes im Deutschen Verband für Physiotherapie (ZVK), Landesverband Bayern, ist Gründungsvorstand und erster Sprecher der neuen Organisation der Heilmittelverbände.

Die IBH sieht ihre Aufgaben aber nicht nur als Interessenvertretung, sondern auch in der sachverständigen Beratung der Politik bei Gesetzgebungsvorhaben. Gleichzeitig will die IBH als kompetenter Ansprechpartner gegenüber dem bayerischen Sozialministerium und den Sozialpolitikern der Landtagsfraktionen künftig das Praxiswissen seiner Mitglieder zur Verfügung stellen. Der hohe Organisationsgrad der Mitgliedsverbände stelle die rasche Umsetzung und eine hohe Akzeptanz gemachter Aussagen sicher, so der IBH. ik / IBH